

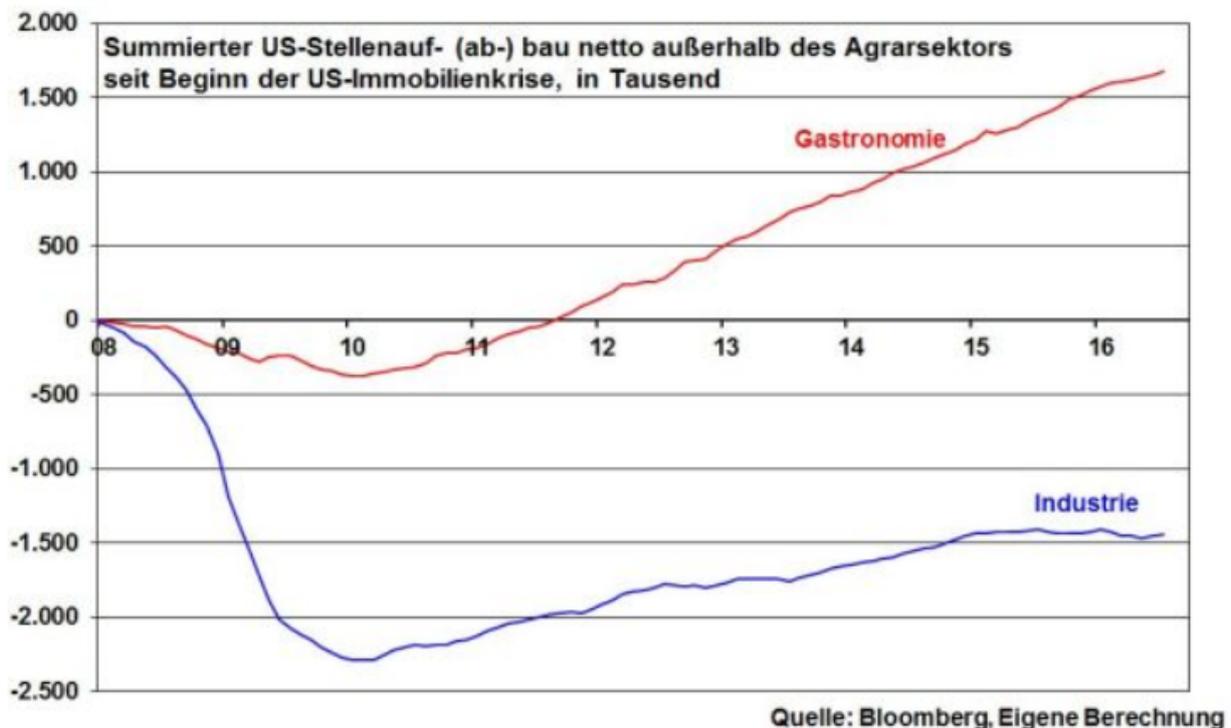
Die EZB rettet weiter – Aber ist die EZB noch zu retten?

Autor: Robert Halver, | 19.08.2016 09:21 | Copyright BörseGo AG 2000-2016

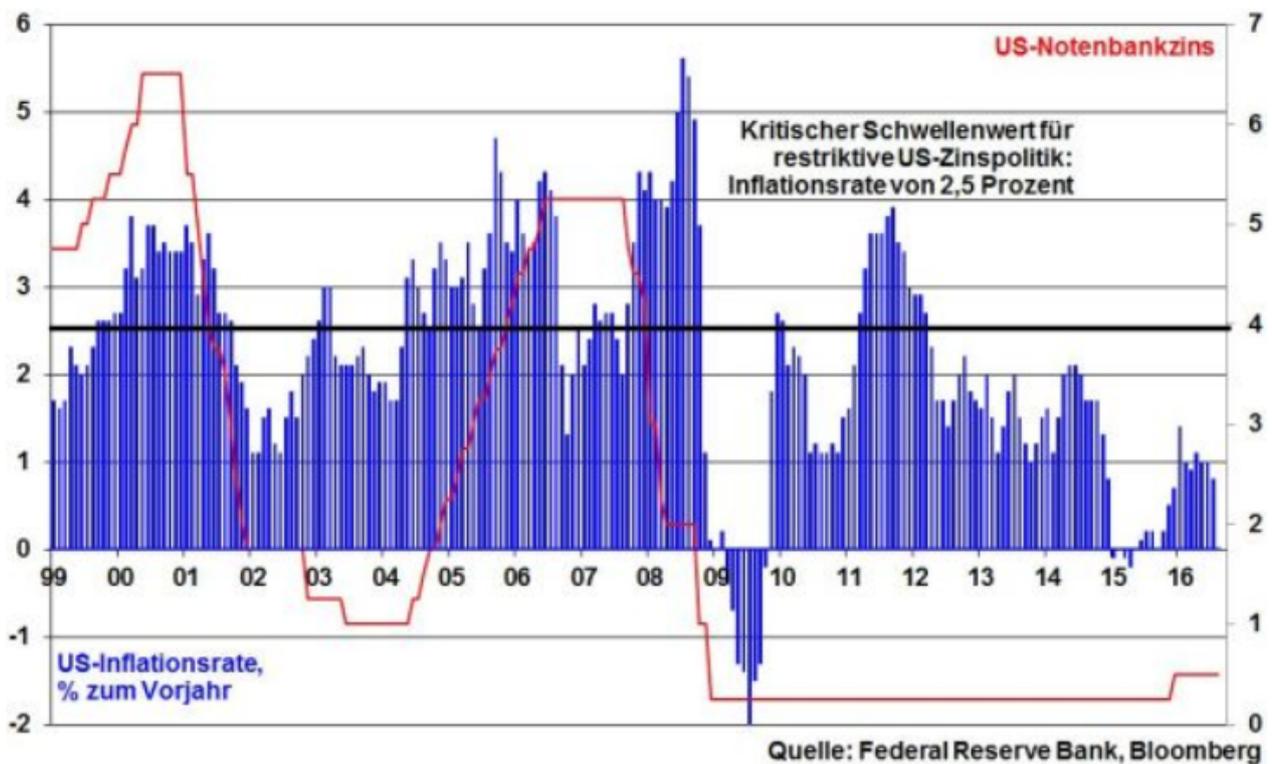
Die Geldpolitik kümmert sich weiterhin um eine stabile Seitenlage an den Aktienmärkten: In den USA zerredet die US-Notenbank weitere Zinserhöhungen mit viel Verbalerotik immer mehr und in Europa scheint die EZB bereits über den nächsten geldpolitischen Tabubruch nachzudenken. Im Gegensatz zur Liquiditätshausse taugt die verhaltene Weltwirtschaft noch nicht als Triebfeder für Aktien. Jedoch sorgt die zunehmende Übernahme- und Fusionsphantasie für immer mehr fundamentales Salz in der Börsensuppe. Britische Aktien profitieren von der Vision einer fiskal- und geldpolitisch gestützten power economy.

Die Mär einer fortgesetzten US-Leitzinswende

Das Protokoll der letzten Notenbank-Sitzung zeigt eine gesplante Meinung der Fed-Mitglieder über den weiteren zinspolitischen Weg. Insbesondere wird die Robustheit des US-Arbeitsmarkts in Zweifel gezogen, also ausgerechnet jenes Element, das für die US-Zinspolitik maßgeblich ist. Ein stabiler – wenn auch nicht robuster – Konjunkturaufschwung kommt quantitativ, aber nicht qualitativ am Arbeitsmarkt an. Der massive Abbau hochwertiger Arbeitsplätze in der US-Industrie seit 2007 von rund 1,5 Mio. wurde durch einen annähernd ebenso hohen Jobaufbau im Niedriglohnsegment z.B. der Gastronomie ausgeglichen. Ein vollmundiger Job-Aufschwung sieht anders aus. Mit dieser beschäftigungsseitigen Qualitätsverschlechterung ist ebenso eine Kaufkraftverschlechterung verbunden: Wer weniger verdient, gibt auch zulasten der Binnenkonjunktur als hauptsächlichem Motor der US-Wirtschaft weniger aus.



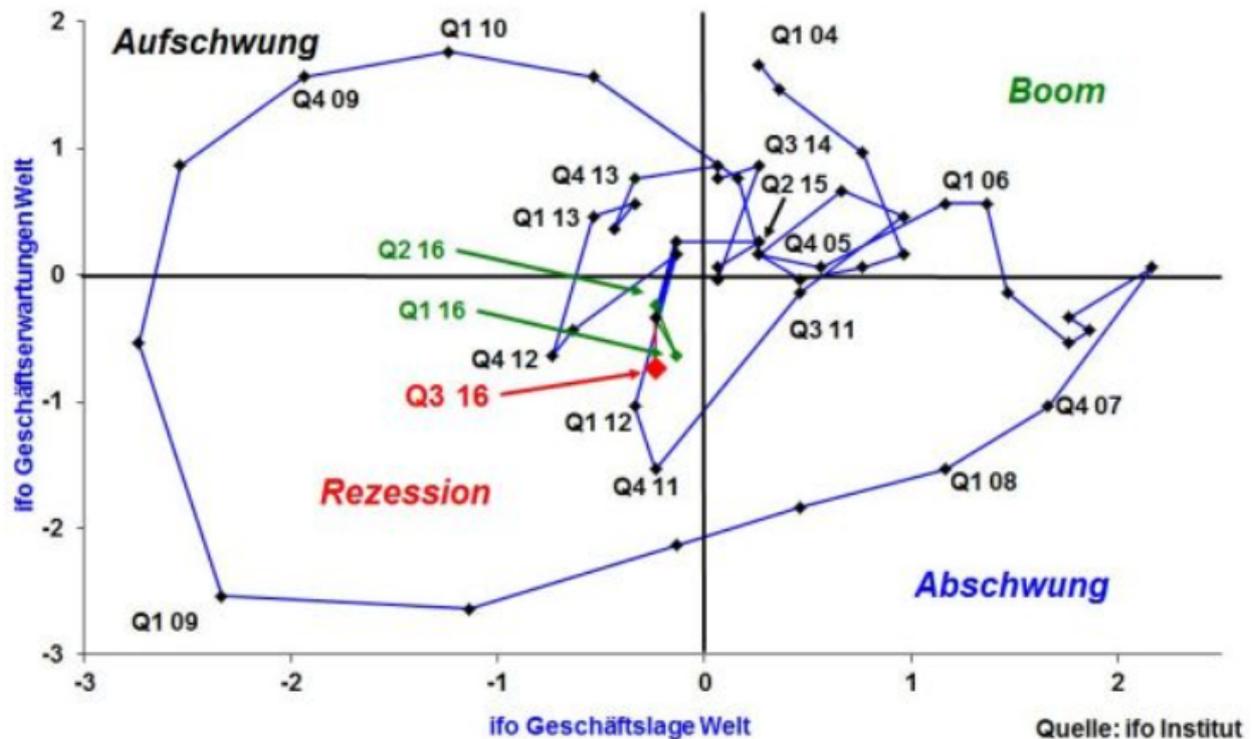
Das von der Fed früher gebetsmühlenartig vorgebrachte Argument steigender Löhne und damit verbundenem Inflationsdruck – die Preissteigerungsrate ist seit April rückläufig – hat deutlich an zinserhöhungspolitischer Bedeutung verloren. Die von US-Notenbankpräsidentin Yellen immer wieder betonte Datenabhängigkeit liefert insofern keine Argumente für restriktive Geldpolitik.



Selbstverständlich muss die US-Notenbank auch die Risiken für die Weltkonjunktur im Auge behalten. So stellt das ifo Institut im Trend eine Stimmungseintrübung fest. Setzt man die Einschätzung der globalen Geschäftslage und -erwartungen für das III. Quartal 2016 zueinander in Beziehung, bewegt sich die Weltkonjunktur vor allem mit Blick auf verhaltenere Konjunkturerwartungen tiefer in Rezessions-Terrain. Im Detail kam es in den USA zu einer leichten und in Europa und Asien zu einer spürbareren Wirtschaftseintrübung. Vor allem angesichts der Normalisierung der Wachstumsraten in den Schwellenländern stellten US-Zinsrestriktionen unkalkulierbare realwirtschaftliche Gefahren dar. Insgesamt entpuppt sich die Leitzinswende immer mehr als Lebenslüge der Fed.

GRAFIK DER WOCHE

ifo Konjunkturmatrix der Weltwirtschaft



Tabubruch, dein Name ist EZB!

Die EZB erwirbt seit Jahren umfänglich Staatsanleihen, Kreditverbriefungen und Pfandbriefe sowie seit Juni zusätzlich Unternehmensanleihen. So will sie Unternehmen durch Reduzierung von Zinssätzen und Verniedlichung des Absatzproblems neuer Schuldtitel Anreize für mehr Investitionen geben, die schließlich auch die gesamtwirtschaftlichen Auftriebskräfte stützen und Deflationsgefahren abwenden. Hierzu reicht eine reine Leitzinspolitik allein nicht mehr aus.

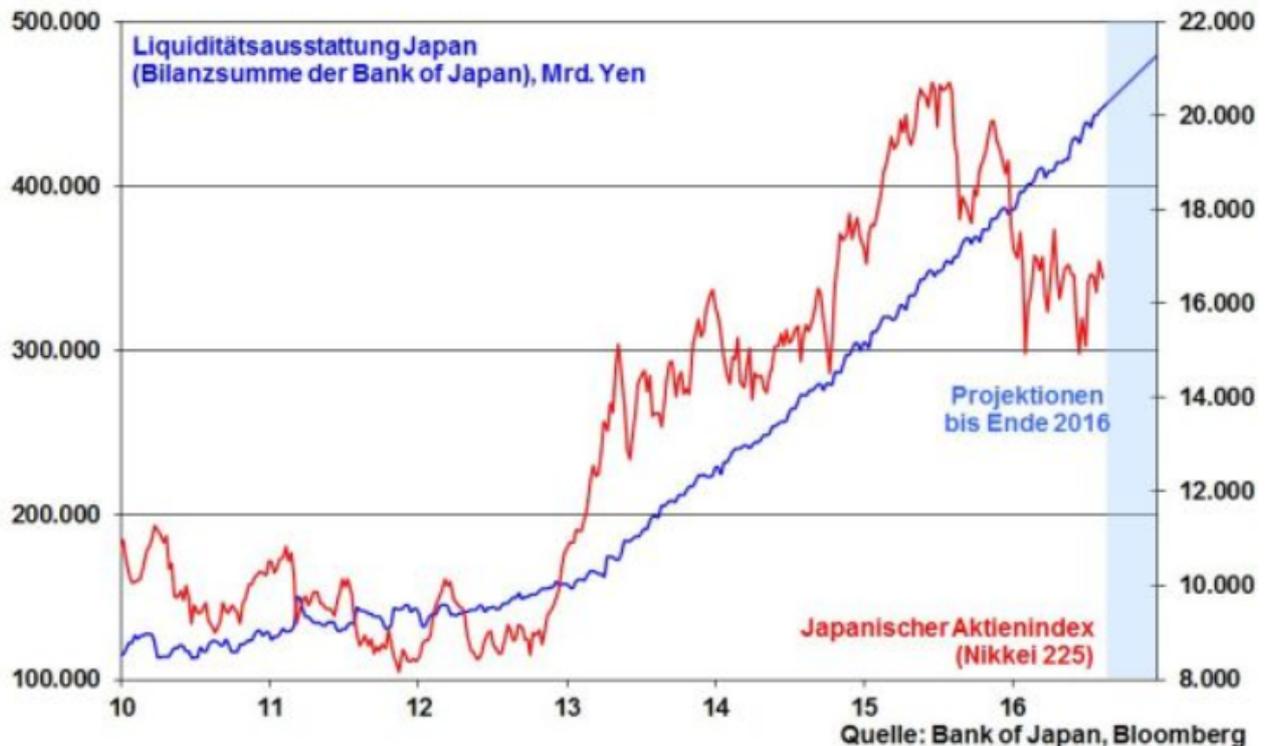
Leider ist diese Mission der EZB bislang nicht von realwirtschaftlichem Erfolg gekrönt. Daher setzt sie ihr Anleiheaufkaufprogramm weiter fort. Mittlerweile wird jedoch das Angebot an Schuldtiteln, die die Ankaufbedingungen erfüllen immer kleiner. Spätestens im Frühjahr 2017 ist der Markt für deutsche Staatspapiere ausverkauft. Zwar könnte man das Angebot durch die Lockerung der Bedingungen für kaufbare Papiere ausweiten. Aber einerseits würd sich selbst dann die Angebotsverknappung zeitlich nur hinauszögern. Und andererseits wird die EZB immer mehr zum Endlager bonitätsschwacher Anleihen mit Ausfallpotenzial.

Und so mehren sich die Stimmen von Finanzexperten, die EZB solle ihr Kaufprogramm auf Aktien ausdehnen. Der nächste geldpolitische Tabubruch wäre perfekt.

Als Blaupause dient die japanische Notenbank, die bei zahlreichen Aktien des japanischen Leitindex Nikkei 225 bereits zum Großbeigier wurde. Mittlerweile ist die Bank of Japan bei ca. 80 Indexunternehmen unter den fünf größten Investoren. Laut Finanznachrichtendienst Bloomberg dürfte die Notenbank bis Ende 2017 sogar bei 55 Firmen größter Anleger sein.

Dieses vermeintliche Instrument der volkswirtschaftlichen Reflationierung wird auch in der Eurozone hoffähig. Kursgewinne über aktienbegünstigende Liquiditätsausweitungen wie in Japan sollen die Unternehmen animieren, über Kapitalerhöhungen mehr zu investieren. Kursgewinne sollen sich auch in positiven Vermögenseffekten

niederschlagen, die wiederum eine positive Konsumstimmung fördern.



Nicht zuletzt könnte die EZB bei Käufen Euro-ausländischer Aktien auch noch Währungspolitik im Sinne eines exportfreundlichen Euros machen. Und die EZB selbst könnte im Vergleich zu Anleiherenditen deutlich höhere Dividendenrenditen erzielen.

Dieses Projekt „Aktienkauf“ setzt allerdings voraus, dass die EZB einen sehr langen Atem hat. Sie ist dann ohnmächtig dazu gezwungen – wie bei Anleihen – immer allmächtig zu sein. Hält sie sich bei Aktienkäufen zurück oder verkauft sie sogar Aktien, käme es umgehend zu massiven Kurseinbrüchen mit wirtschaftlichen Folgeschäden. Und diese würden auch die Anlagebestände der EZB selbst über Kursverluste schädigen. Aus dieser neuen geldpolitischen Rettungsnummer über Aktien käme die EZB nicht mehr heraus. Es ist eine klassische Einbahnstraße.

Und bei exogenen Schocks an den Aktienmärkten durch schwarze Schwäne wäre der „moralische“ Druck auf die EZB groß, kompensierend einzugreifen. Das müsste sie schon aus eigenen Motiven tun, denn im Wert sinkende Anlagebestände wirkten sich in ihrer Gewinn und Verlust-Rechnung negativ aus.

Zudem stellen sich bei diesem neuen unkonventionellen Instrument viele technische Fragen. Im Vergleich zur japanischen Notenbank ist die EZB eine Dach-Notenbank. Sie müsste sich nicht nur um einen, sondern um gleich 19 nationale Aktienmärkte kümmern. Welche Aktien soll sie nach welchen Schlüsseln kaufen? Kauft sie Aktien strukturschwacher Länder, um diesen gegenüber den wirtschaftsstärkeren Euro-Ländern besondere Unterstützung zukommen zu lassen? Oder kauft sie nach Größe des Aktienmarkts? Dann würden deutsche Aktien wie deutsche Anleihen besonders profitieren. Böses Blut unter den ohnehin kritischen Euro-Staaten wäre vorprogrammiert. Gibt es Bonitätsvorgaben der aufzukaufenden Unternehmensaktien? Wenn ja, kämen ausgerechnet die Unternehmen in den Genuss von Aktienkäufen, die diesen Vorteil am wenigsten benötigen. Berücksichtigt man dagegen schwerpunktmäßig finanzschwache Unternehmen, macht sich die EZB verdächtig, lebensverlängernde Maßnahmen für Firmen zu gewähren, die in einem ordentlichen marktwirtschaftlichen Umfeld abgewickelt werden müssen.

Überhaupt, man stelle sich einmal die Aktienanalysten vor. Fundamentale Argumente für Kauf bzw. Verkauf einer

Aktie gerieten im Zweifelsfall gegenüber dem Kaufargument der EZB ins Hintertreffen.

Diesen Problemen auf Einzelaktienebene könnte man zwar mit dem Kauf von ETF's, die auf Aktienindices basieren, entgegenwirken. Doch die grundsätzliche Problematik planwirtschaftlicher Aktienkursbevormundung bliebe bestehen.

Die Marktwirtschaft ist bereits an den Anleihemärkten durch das Eingreifen der EZB beendet worden. Kauft sie jetzt auch noch Aktien auf, setzt sich der Siegeszug des geldpolitischen Sozialismus fort.

Ebenso stellt sich die Frage, ob Unternehmen die bessere Kurssituation überhaupt für Kapitalerhöhungen im Sinne von Unternehmensinvestitionen mit konjunkturellem Wert nutzen. Da die Aktienkursentwicklungen dann nicht mehr so eindeutig wie bisher von sinnhaften Investitionsentscheidungen abhängen, könnte der ein oder andere Vorstand auf die Idee kommen, „Schnapsideen“ zu finanzieren. Fehlallokationen wären an der Tagesordnung. Und selbst wenn Unternehmen sinnhafte Investitionen tätigen, ist immer noch sehr fraglich, ob diese überhaupt der Wirtschaft der Eurozone und nicht der Nordamerikas oder der Schwellenländer zugutekommen.

Und welche Handlungsalternative hat die EZB dann noch, wenn sie realisiert, dass auch der Aktienkauf nicht zum gewünschten volkswirtschaftlichen Erfolg führt? Kommt sie dann auf die Idee, großflächig Immobilien aufzukaufen? Der geldpolitische Sozialismus hätte dann alle großen Anlageklassen erfasst, ohne wirklich Erfolg gehabt zu haben.

Angesichts der Kollateralschäden von Aktienkäufen seitens der EZB, sollte man auf die diesbezüglich steigenden Aktienkurse verzichten.

Wann versteht man in der Eurozone endlich, dass wir kein Problem mit einer günstigen Liquiditätsversorgung, also kein Angebotsproblem, sondern ein Nachfrageproblem haben? Unsere schwache Euro-Konjunktur – auch Deutschland ist nur der Einäugige unter den Blinden – liegt schwerpunktmäßig an einer renitent reformverweigernden Standortpolitik der Euro-Staaten, die kein investitionsfreundliches Klima schafft. Da diese jedoch in den Emerging Markets und in Nordamerika immer mehr an den Tag gelegt wird, braucht sich kein Politiker über diasporale Wirtschaftsschwäche zu wundern. Würde eine auf Wettbewerbsfähigkeit ausgelegte Wirtschaftspolitik betrieben, wäre geldpolitischer Sozialismus unnötig. Allerdings stehen die politischen Chancen dafür schlecht.

Britische Aktien trotz Brexit nicht auf dem Abstellgleis

Am britischen Aktien-Leitindex FTSE 100 herrscht offenbar Feierlaune, obwohl niemand zum jetzigen Zeitpunkt sagen kann, wie ein Brexit konkret aussieht und inwieweit er überhaupt stattfindet. Ohnehin besteht für den britischen Wirtschaftsstandort die Gefahr, dass britische (Finanz-)Unternehmen aus Gründen dieser Brexit-Verunsicherung Standortverlagerungen in den Euroraum vornehmen.

Dennoch, die geldpolitische Lockerung der Bank of England nährt über eine erste Zinssenkung auf 0,25 Prozent und zusätzliche Anleiheaufkäufe im Volumen von insgesamt 60 Mrd. Pfund die Liquiditätshausse.

Insbesondere aber scheinen britische Aktien von der Vision begeistert zu sein, dass die neue britische Regierung unter Frau May Großbritannien zur power economy machen will. Die volkswirtschaftliche Ausrichtung des Landes wird von rechts auf links gedreht. Nach der von Frau Thatcher vollzogenen Wegrationalisierung der Industrie und der einseitigen Betonung von Dienstleistungen und Finanzmärkten will sie eine zweite industrielle Revolution durchführen: Nach vollzogenem Austritt wird man die britischen Unternehmenssteuern auf das geringstmögliche Niveau setzen und die Arbeits- und Sozialkosten senken.

Auch über ein Währungsdumping soll Britannien auf der Exportseite wieder groß werden. Damit soll der britische Standort auch für ausländische Unternehmen – auch vor dem Hintergrund eines über Globalisierung zunehmenden Konkurrenzkampfes – deutlich an Attraktivität gewinnen. Dabei wird es vielen Kontinental-europäischen Unternehmen gefallen, dass Großbritannien logistisch näher liegt als Amerika und Asien. Bereits jetzt profitieren die im FTSE 100 gelisteten Unternehmen exportseitig von der grundsätzlichen Pfund-Schwäche.

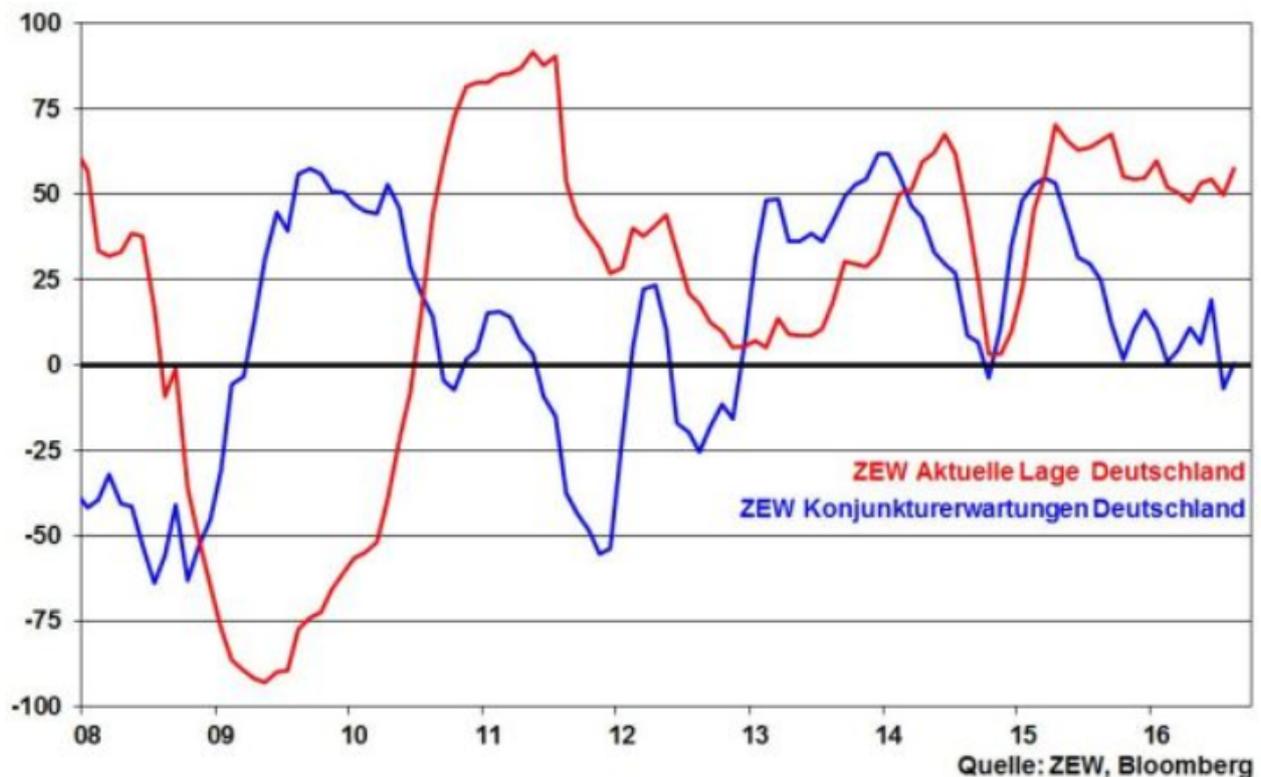
Rund 75 Prozent ihrer Umsätze erzielen sie außerhalb Großbritanniens.

Ebenso wird die britische Politik versuchen, den Londoner Finanzplatz über verstärkte Wieder-Deregulierung gegenüber den Finanzplätzen auf dem Kontinent zu stärken. Hiesige Banken könnten dann ein schwierigeres Konkurrenzumfeld vorfinden.

Im Übrigen sollte im Rahmen der Brexit-Verhandlungen das britische Verhandlungsgeschick gegenüber Brüssel, das nicht mit einer Zunge spricht, nicht unterschätzt werden. Britische Politiker – das weiß man seit Margaret Thatcher – können im Auseinanderdividieren europäischer Festland-Politiker sehr erfolgreich sein.

Aktuelle Marktlage und Aktienstimmung – Übernahme- und Fusionsphantasien als fundamentale Ersatzargumente gegenüber Konjunkturdaten

In Deutschland erholen sich die Konjunkturerwartungen nur mühsam. Laut ZEW behindern die politischen Risiken in der EU sowie die schwelende Unsicherheit im EU-Bankensektor einen optimistischeren Ausblick. Immerhin notiert die Beurteilung der aktuellen Lage der deutschen Wirtschaft auf dem höchsten Indexwert seit Januar.



Damit kann ein vergleichsweise verhaltener weltweiter Konjunkturaufschwung noch nicht als fundamentales Aktienargument dienen. Allerdings sorgt die immer größer werdende Übernahme- und Fusionsphantasie für schmackhaftes Salz in der Börsensuppe. Unternehmen kaufen Umsätze und technologisches Know How in Auslandsmärkten und Produktbereichen hinzu, in denen sie bislang noch nicht oder nur unbedeutend vertreten waren bzw. ein eigener Aufbau und Produktentwicklungen zu lange dauern würden. Oder es werden Wettbewerber zur Sicherung der eigenen Marktposition aufgekauft, nicht zuletzt, um die eigene Preissetzungsmacht zu sichern.

Beste Beispiel hierfür ist die geplante Fusion des Industriegase-Konzerns Linde mit dem US-Konkurrenten Praxair, die größte M&A-Transaktion in diesem Jahr. Vor dem Hintergrund des Kampfes um die Marktführerschaft mit dem französischen Konkurrenten Air Liquide macht die Erreichung von Größenvorteilen und Synergien viel Sinn. Übernahme- und Fusionsaktivitäten finden jedoch nicht nur in der Chemie-Branche statt. Eine globalisierte und damit wettbewerbsintensive Industrielwelt wird auch die zyklischen Branchen immer

mehr tangieren. Vor diesem Hintergrund profitiert der industriestarke deutsche Aktienmarkt von einer „Sonderkonjunktur“.

Aktientechnisch kommt die Entspannung in der US-Leitzinsdebatte in einer abnehmenden Anzahl leerverkaufter Aktien (sog. Short Interest) an der New York Stock Exchange zum Ausdruck. Diese hat sich auf den niedrigsten Stand seit gut einem Jahr zurückgebildet.



Gerade für Vermögensverwalter und große Kapitalsammelstellen führt angesichts des allgemeinen Null- bzw. Negativzinsniveaus grundsätzlich auch in der zweiten Jahreshälfte kein Weg an Aktien vorbei.

Sicherlich ist nach der Rallye der vergangenen Wochen zwischenzeitliches Korrekturpotenzial vorhanden. Diesem Risiko kann man mit regelmäßigen Ansparplänen, am besten auf Indices, um das Einzelwertrisiko zu mildern sowie regelmäßig, um das Risiko größerer einmaliger Anlagen zu umgehen, profitieren. Dann kommen die Anleger in den Genuss der Kraft der zwei Herzen. Erstens, bei steigenden Kursen erhält man zwar weniger Aktienanteile, dafür nimmt man jedoch die Kurssteigerungen mit. Und wenn zweitens die Aktienkurse zwischenzeitlich fallen, erhält man bei gleichbleibendem Sparplan mehr Aktienanteile. Bei wieder steigenden Kursen macht sich dann das kaufmännische Motto „Im Einkauf liegt der Gewinn“ positiv bemerkbar. Aktiensparpläne sind eine Altersvorsorge für alle.

Charttechnik DAX – Aufwärtstrend bleibt intakt

Charttechnisch wartet im DAX im Falle einer fortgesetzten Korrektur auf der Unterseite eine erste Unterstützung bei zunächst 10.508 Punkten. Darunter treten weitere Haltelinien bei 10.459 und 10.383 in den Vordergrund. Schließlich liegt eine weitere Unterstützung bei 10.250 Punkten. Im Falle einer Erholung trifft der Index bei 10.679 auf einen ersten Widerstand. Weitere Barrieren folgen darüber bei 10.743 sowie 10.797. Wird der nächste Widerstand bei 10.864 Punkten durchbrochen, erhöht sich die Chance auf eine Rallye bis 10.991.

Der Wochenausblick für die KW 34 – Was sagen die ifo Geschäftsklimadaten?

In den USA fallen die Auftragseingänge langlebiger Güter im Juli zwar wieder stärker aus, können ihre vormonatliche Delle jedoch nicht ausgleichen. Immerhin ist eine Stabilisierung der Konjunkturstimmung gemäß des vom Finanzdatenanbieter Markit veröffentlichten Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe und der von der University of Michigan veröffentlichten Konsumentenstimmung zu beobachten. Belastbare Zinserhöhungsgründe sind hiermit aber nicht verbunden. Zwar werden die Anleger jegliche Äußerungen von Fed-Chefin Yellen auf dem jährlichen Notenbank-Symposium in Jackson Hole vom 25. bis 27. August untersuchen. Bedeutende Erkenntnisse werden sich aber nicht ergeben.

In der Eurozone erholt sich der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe vom Brexit-Votum, doch signalisiert trotzdem nicht mehr als eine blutleere Konjunktorentwicklung. Ähnliches gilt für den deutschen Index. Mit Spannung wird erwartet, ob sich die ifo Geschäftsklimadaten stabilisieren können. Der deutsche GfK Konsumklimaindex bleibt robust.

Ist die EZB zur lahmen Ente geworden?

Die Bruderschaft der internationalen Geldpolitik hat seit der Immobilienkrise und in Europa nach der Finanzkrise alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Finanzwelt vor dem Ruin zu bewahren. Auch die EZB hat mittlerweile den Leitzins abgeschafft. Und das Niederregnen von Zentralbankgeld, mit dem Mario Draghi Staatspapiere aufkauft, erinnert an tropische Wolkenbrüche.

Die EZB hat erfolgreich gegen die Staatsanleihekrise geputscht

Da stellt sich die Frage, ob die EZB einen guten Job gemacht hat. Auf den ersten Blick „Ja“. Durch die geldpolitische Drückung der Schuldzinsen sind in vielen Euro-Ländern die Renditen der Staatspapiere sogar unter den Meeresspiegel, unter null gefallen. Die Bedienung der Staatsschulden ist ohne teure Zinsen und den unangenehmen Zinseszinsseffekt mit wenig Mühe zu bewältigen.

Also ein Happy End wie im Märchen? Leider sagt der zweite Blick „Nein“. Es ist eher ein Alptraum. Die EZB hat an den Anleihemärkten Marktwirtschaft abgeschafft und Planwirtschaft eingeführt. Die Kursfeststellung von Staats- und mittlerweile auch Unternehmensanleihen orientiert sich nicht mehr an so „profanen“ Dingen wie Bonität, nationaler Reformpolitik oder Unternehmenserfolg, sondern nur noch am dicken Portemonnaie der Notenbank. Honecker hätte sich über so viel Neo-Sozialismus bei einer westlichen Notenbank gefreut wie ein Hund, dem man einen Knochen gibt. Er würde argumentieren, dass er es doch immer gewusst hat: Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.

Die Angst vor einer neuen Euro-Finanzkrise ist so groß, dass man die Zinsen ins Gefängnis gesteckt hat. Sie können nicht fliehen im Sinne von steigen. Nicht zuletzt soll sich damit ein Staat wie Italien günstig refinanzieren können, um schwindstüchtigen italienischen Banken den Kapital-Rollator zur Verfügung zu stellen.

Bankenstresstest der EZB zu zahm

Der Fluch der guten geldpolitischen Tat: Die alte Bankenkrise ist tot, es lebe die neue. Leider finden Banken diese finanzpolitische „Happy Hour“ eines zinslosen Kapitalismus gar nicht lustig. Dadurch geht den Banken ihr früheres Brot und Butter-Geschäft verloren: Das Zinsgeschäft – Geld günstig bei der Notenbank aufnehmen und zu höheren Konditionen als Kredit ausleihen oder grundsätzlich über Zinserträge – ist ausgetrocknet wie ein Tümpel nach sommerlicher Hitze.

Die Geschäftsabschlüsse der Banken unterstreichen diese Ertragsdürre deutlich. Ausgerechnet die geldpolitische Barmherzigkeit Mario Draghis ist schuldig, dass die eurozonalen Banken in die Ertragskrise geraten sind.

Darüber kann auch ein geschönter Bankenstresstest der EZB in der Eurozone nicht hinwegtäuschen. Von vornherein war doch klar, dass er keine bösen Botschaften vermitteln sollte. Ein hartes Deflationsszenario in Europa hatte man vermieden und ein zahmes gewählt, um das geneigte Bankpublikum bloß nicht zu verunsichern. Leider hat damit der Bankentest jedoch nur die Qualität einer Fahrtüchtigkeitsprüfung eines Gebrauchtwagens, der darin besteht, das verrostete Auto im ersten Gang vom Gelände des Händlers zu fahren.

Zu Risiken und Nebenwirkungen der EZB-Rettung fragen Sie die Rendite Ihres Sparbuchs, Ihres Festgelds oder Ihrer Staatsanleihe

Auch den Sparern ist das Lachen vergangen. Denn immer noch basiert die Altersvorsorge der Deutschen zu über 75 Prozent auf Zinsanlagen. Damit wird sie zu einer tickenden Zeitbombe. Nicht umsonst fordert die Bundesbank zur Sicherung des Niveaus der Alterssicherung die Rente erst mit 69. Die heute noch sehr junge Generation kann sich schon einmal darauf einstellen, später erst ab 75 in Vorruhestand gehen zu können. Denn ansonsten haben unsere Nachkommen kein Auskommen mit ihrem Einkommen.

Insgesamt zahlen Banken und Anleger für die geldpolitische Rettung der Finanzmärkte einen viel zu hohen Preis.

Die eurozonale Wirtschaft reagiert auf die Geldpolitik der EZB wie der Hund auf Tofu

Und wie erfolgreich ist die EZB in der Realwirtschaft und bei der Bekämpfung der chronischen Deflation? Alles andere als olympisch, bestenfalls Kreisklassenniveau. Auch die Jubelkommentare über die Renaissance der Konjunktur der Eurozone – insbesondere im Süden – sollten wie heiße Brühe genossen werden, nur mit Vorsicht. Nach Jahren der Enttäuschung kam es hier zwar zu großen Basiseffekten, sprich relativ hohen Wachstumsraten. Doch muss zwischen relativ und absolut deutlich unterschieden werden. Es ist ähnlich wie bei einem italienischen Restaurant, das durch eine krisenhafte Konsumstimmung im Durchschnitt nur noch eine Pizza am Tag verkauft. Durch das Verirren eines Touristen verkauft dieses Restaurant an einem Tag plötzlich zwei. Relativ ist das zwar ein Umsatzwachstum von 100 Prozent, das aber absolut betrachtet nicht ausreicht, das Restaurant am Leben zu erhalten. Eine Schwalbe macht noch keinen nachhaltig schönen Sommer. zahmes gewählt, um das geneigte Bankpublikum bloß nicht zu verunsichern. Leider hat damit der Bankentest jedoch nur die Qualität einer Fahrtüchtigkeitsprüfung eines Gebrauchtwagens, der darin besteht, das verrostete Auto im ersten Gang vom Gelände des Händlers zu fahren.

Risikohinweis & Haftungsausschluss gemäß § 14 und § 16 AGB BörseGo AG

§ 14 Haftung

14.1 Soweit Nutzer Inhalte in Diskussionsforen, sogenannten Streams, Chats oder Blogs einstellen und dort Ratschläge oder Anlagetipps erteilen, handelt es sich ausschließlich um von den betreffenden Nutzern verantwortete Inhalte. BörseGo stellt insofern lediglich das Medium technisch zur Verfügung und ist nicht für die Genauigkeit, Richtigkeit oder Verlässlichkeit dieser Inhalte verantwortlich. Insbesondere ist BörseGo nicht für Verluste oder Schäden haftbar, die dem Nutzer dadurch entstehen, dass dieser auf eine solche Information vertraut.

14.2 Resultieren Schäden des Nutzers aus dem Verlust von Daten, so haftet BörseGo hierfür unabhängig vom einer etwaigen Beteiligung nicht, soweit die Schäden durch eine zweckgemäße, regelmäßige und vollständige Sicherung aller relevanten Daten durch den Nutzer vermieden worden wären.

14.3 Im Übrigen haften BörseGo, ihre gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen nur bei Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder bei Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten), das heißt solcher Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Nutzer regelmäßig vertrauen darf, und deren Verletzung auf der anderen Seite die Erreichung des Vertragszwecks gefährdet. BörseGo haftet weiterhin für Schäden, die aus dem Fehlen zugesicherter Eigenschaften beruhen, sowie für sonstige Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung von BörseGo, seiner gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen.

14.4 Bei der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (vgl. Ziff. 14.3) haftet BörseGo nur auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden, wenn dieser einfach fahrlässig verursacht wurde, es sei denn, es handelt sich um Schadensersatzansprüche des Kunden aus einer Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

14.5 Weitergehende Ansprüche des Nutzers auf Schadensersatz sind ausgeschlossen. Die Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes bleiben unberührt.

§ 16 Risikohinweis

Die Informationen und Services auf den Webseiten von BörseGo wenden sich an registrierte sowie nichtregistrierte Nutzer. Die Angebote, die der Nutzer auf den Webseiten von BörseGo findet, richten sich jedoch ausdrücklich nicht an Personen in Ländern, die das Vorhalten bzw. den Aufruf der darin eingestellten Inhalte untersagen, insbesondere nicht an US-Personen im Sinne der Regulation S des US Securities Act von 1933 sowie Internet-Nutzer in Großbritannien, Nordirland, Kanada und Japan. Jeder Nutzer ist selbst verantwortlich, sich über etwaige Beschränkungen vor Aufruf der Internetseiten zu informieren und diese einzuhalten.

Inbesondere weist BörseGo hierbei auf die bei Geschäften mit Optionsscheinen, Derivaten und derivativen Finanzinstrumenten besonders

hohen Risiken hin. Der Handel mit Optionsscheinen bzw. Derivaten ist ein Finanztermingeschäft. Den erheblichen Chancen stehen entsprechende Risiken gegenüber, die nicht nur einen Totalverlust des eingesetzten Kapitals, sondern darüber hinausgehende Verluste nach sich ziehen können. Aus diesem Grund setzt diese Art von Geschäften vertiefte Kenntnisse im Bezug auf diese Finanzprodukte, die Wertpapiermärkte, Wertpapierhandelstechniken und -strategien voraus.

Soweit BörseGo Börsen- oder Wirtschaftsinformationen, Kurse, Indizes, Preise, Nachrichten, Marktdaten sowie sonstige allgemeine Marktinformationen auf ihren Webseiten bereitstellt, dienen diese nur zur Information und zur Unterstützung Ihrer selbstständigen Anlageentscheidung. Die genannten Informationen stellen keine Aufforderung zum Kaufen, Halten oder Verkaufen von Wertpapieren und derivativen Finanzprodukten dar und begründen kein individuelles Beratungs- oder Auskunftsverhältnis. Sie sind keine Rechts-, Steuer- oder sonstige Beratung und können eine solche auch nicht ersetzen.

Bevor der Nutzer Investmententscheidungen trifft, sollte er sich sorgfältig über die Chancen und Risiken des Investments informiert haben. Aus einer positiven Wertentwicklung eines Finanzprodukts in der Vergangenheit kann keinesfalls auf zukünftige Erträge geschlossen werden. BörseGo übernimmt keine Haftung für die erteilten Informationen, die aus von BörseGo als vertrauenswürdig erachtet wurden, für bereitgestellte Handelsanregungen sowie für deren Vollständigkeit.

Leser sowie Teilnehmer an multimedialen Veranstaltungen wie Webinare, Seminare oder Vortragsveranstaltungen, die aufgrund der veröffentlichten Inhalte Anlageentscheidungen treffen bzw. Transaktionen durchführen, handeln in vollem Umfang auf eigene Gefahr und auf eigenes Risiko.

BörseGo übernimmt keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Eine Haftung von BörseGo für die Inhalte derartiger Internetseiten ist ausgeschlossen, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

Das Dokument mit Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere des Nachdrucks, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen sowie das Darstellen auf einer Website liegen, auch nur bei auszugsweiser Verwertung, bei der BörseGo AG. Alle Rechte vorbehalten.

www.boerse-go.ag © BörseGo AG

Aktiengesellschaft mit Sitz in München – Registergericht: Amtsgericht München – Register-Nr: HRB 169607 – Vorstand: Robert Abend, Christian Ehmig, Thomas Waibel – Aufsichtsratsvorsitzender: Theodor Petersen – Umsatzsteueridentifikationsnummer gemäß § 27a UStG: DE207240211

München, 2016